Gange sind und ein gutes Resultat versprechen, — oder die Zentralisation für Berlin wieder aufgeben, um vielleicht nach einigen Jahren, nachdem wir unseren Fehler eingesehen hätten, wieder von vorn anzufangen.

Aber ihr Herren, die ihr immer den Mund so voll nehmt von der Gleichberechtigung der Frau, seid doch recht einseitig. Wer die Emanzipationsfrage der Frauen richtig auffaßt, muß zugeben, daß es sich nicht nur darum handelt, die Arbeiterinnen zu organisiren gegen das Unternehmerthum, denn das liegt ebensowohl und nicht im geringeren Maße auch im Interesse der männlichen Arbeiter, da kann schließlich auch ein vom grassesten Egoismus beseelter Arbeiter dafür eintreten, — als auch darum, den Frauen im Allgemeinen eine höhere gesellschaftliche Stellung einzuräumen, was nicht im Interesse des Mannes liegt, der sich im Vollbesitz seiner männlichen Vorrechte wohl befindet, und wer ein aufmerksames Auge hat, dem wird nicht entgehen können, daß in diesen gemeinsamen Vereinen, trotz aller Phrasendrescherein, für die Selbständigkeit der Frauen nichts, aber auch rein gar nichts gethan werden kann, ja daß sogar unbewußt dem geradezu entgegen gehandelt wird und die Frauen in eine neue, aber deswegen nicht bessere Botmäßigkeit der Männer gebracht werden. Die Frau, die Jahrhunderte lang zur Sklavin herabgedrückt worden ist, hat auch von unten anzufangen, wenn die Sache nicht mißlingen soll. Wird sich die Frau nicht wohler fühlen in einem Verein ihrer Leidensgenossen, und wird sie da nicht eher Herz und Muth haben, das auszusprechen, was sie für richtig findet? Und ist es nicht der größte Vortheil für die ganze Gesellschaft, wenn die Frauen als solche über ihre Lage nachzudenken anfangen? — Der denkfähige Arbeiter gehört uns, das gilt auch von der Arbeiterin. — Also gemach, gemach ihr Herren, die ihr nur glaubt, allein das Prinzip begriffen zu haben, andere stehen auch auf der Höhe der Kultur, gehen aber etwas weiter.

Die falsche Voraussetzung des Verfassers des Artikels unserer Zeitung war die, daß er annahm, er begegne hier einem „richtigen vollblutberliner Lokalpatrioten"; der pp. Meyer ist Mitglied unseres Vereins und unter unseren Kollegen als unklarer Kopf sattsam bekannt. Das geht schon daraus hervor, als er etwas früher auch ein „Eingesandt" im „Vorwärts" erließ, worin die Stelle vorkommt: „Wir, die wir immer für Zentralisation gekämpft haben" u. s. w.

Doch, wie gesagt, lassen wir Meyer Meyer sein, unsere Kollegen geben nicht viel auf sein Geschreibsel.

Zurückweisen muß ich aber hier die verschiedenen Seitenhiebe auf die Berliner, wenn auch der Verfasser des Artikels unserer Zeitung uns Zentralisten nicht gemeint haben wird, so wird doch durch das Einwirken von außen in dieser Weise die Stimmung erbittert. Wir haben schon so wie so einen fortwährenden schweren Kampf zu kämpfen mit dieser handvoll Vereinsdiplomaten, aber wir gehören auch zu den Berlinern und das fortwährende Anstechen kann uns nicht gleichgiltig sein. Sind wir verantwortlich für die Cliquenwirthschafter oder haben nicht gerade wir darunter zu leiden? Haben die Kollegen uns geglaubt, als wir in Altenburg um Erlaß der 500 Mk. baten, die die Kartonarbeiter von uns geliehen hatten und die wir nun bezahlen müssen? Man sollte doch nicht für Einzelne, und wenn sie noch so viel Unheil anrichten, die Masse verantwortlich machen, dadurch wird nur in den Provinzen die bekannte Animosität gegen die Berliner erzeugt, die auf allen Verbandstagen, Kongressen u. s. w. zu Tage tritt.

Zur Zeit, wo ich dies schreibe, stehen wir wieder vor einem Brennpunkt. Morgen Montag den 15. findet die öffentliche Versammlung hier statt (deren Bericht die Leser an anderer Stelle finden. Red.), welche der Anfang von unserem Ende sein soll, morgen wollen die Herren einen alle Branchen umfassenden Lokalzentralverband gründen; Referent ist wieder ein Stadtverordneter. Nun, wir rufen ihnen zu: Arbeitet nur immer für's Unternehmerthum, einmal muß doch die Zeit kommen, wo von den Augen der Kollegen die Binde genommen, dann sprechen wir uns wieder.

Vorläufig sehen wir mit eisiger Kühle der Dinge entgegen, die da kommen sollen. Unsere Vereinsmitglieder sind sich ihrer Aufgabe bewußt, sie werden dafür zu sorgen wissen, daß immer mehr neue Kämpfer geworben werden, sie werden, das sind wir überzeugt, dahin streben, daß unsere Vereinigung eine den Berliner Verhältnissen entsprechende wird und sich Respekt verschafft. Wir schreiten vorwärts, trotzdem und alledem. S.

(Wir haben dem Artikel in der vorigen Nummer Raum gegeben, weil er hauptsächlich die den Verband betreffenden Angriffe behandelte und erwarteten von Berlin eine Abfertigung der Angriffe auf unseren dortigen Ortsverein. Für uns erschien es nicht unnöthig, auf derartige Anzapfungen in öffentlichen Blättern die gebührende Antwort zu geben, es wäre jedenfalls eine Nachlässigkeit des Organs gewesen, wenn mit keiner Silbe auf diese, durch den „Vorwärts" in ganz Deutschland verbreitete und dadurch ihres lokalen Charakters entkleideten Verkleinerungen des Verbandes keine Erwiderung gekommen wäre. Wir beabsichtigten natürlich nicht, unsere Mitglieder zu beleidigen, aber das gehört zurückgewiesen, wie viele Berliner mit allem Fleiß darauf hinarbeiten, eine Einigkeit zu hintertreiben. D. Red.)

Korrespondenzen.

Stuttgart. Die anhaltende Mißstimmung im hiesigen Verein über den in Altenburg abgelehnten Antrag, Verbandstage in Zukunft nur alle 3 Jahre abzuhalten, gelangte in der letzten Versammlung am 20. ds. Mts., in welcher der Leitartikel in Nr. 20 unserer Zeitung „Verbandstag oder Urabstimmung" auf der Tagesordnung stand, wiederum zum Ausdruck. Sämmtliche Redner ohne Ausnahme plaidirten für die Urabstimmung, bezw. für die Abschaffung der kostspieligen Verbandstage und schlossen sich den Ausführungen des qu. Artikelschreibers vollständig und zwar um so intensiver an, als von authentischer Seite die Kosten für den letzten Verbandstag auf ca. 3500 Mark geschätzt wurden; die Summe sei eher zu nieder, als zu hoch gegriffen. Diese theure Regelung unserer Verbandsangelegenheiten verschlänge die Hauptsummen der Verbandskasse und abgesehen von der Thatsache, daß der Verband durch diese große Ausgabe, die alle zwei Jahre offiziell und aufs Neue wieder stattfinden soll, unmöglich in der Lage sein könne, seiner eigentlichen Bestimmung gerecht zu werden, sei es auch eine Benachtheiligung der größeren Vereine, welche den kleineren für ihre Delegation die Zeche bezahlen müßten. Ein agitatorischer Werth der Verbandstage sei überhaupt nicht vorhanden und existire nur in einigen Köpfen. Bewiesen sei dieser Umstand durch die letzten Auflösungen verschiedener Verbandsvereine, wie Aschersleben und Lübeck, welche kurz nach dem Verbandstage erfolgten. Auch Reutlingen laborirt an der Schwindsucht mit 8 und Lüdenscheid gar nur mit 5 Mitgliedern und werden beide Vereine wohl bald zu Grabe getragen werden müssen. Die beste Agitation für eine Organisation sei ihre Leistungsfähigkeit gegenüber den Mitgliedern, durch den enormen Kostenaufwand aber, den die Verbandstage allein schon beanspruchen, würde diese Aufgabe nicht gelöst und müsse deshalb ein Schritt nach Vorwärts gethan und diesbezügliche Remedur geschafft werden. Auch sei erwiesen, daß bei den Verhandlungen in Altenburg mitunter rein persönliche Ansichten der Delegirten und nicht immer die Meinung der Vereine zur Geltung gekommen seien. Als beste und billigste Form der Geschäftserledigung des Verbandes sei die „Urabstimmung" zu empfehlen, denn dadurch werde kein Verein in seinen Rechten und Pflichten geschmälert; die Urabstimmung könnte in den einzelnen Vereinen durch Generalversammlungen vorgenommen und das Ergebniß mit genauer Angabe der Mitgliederzahl, welche für oder gegen die Anträge gestimmt, von den Vorständen an den Verbandsvorstand eingesendet werden, der die Zusammenstellung besorgt und das Fazit, also die Annahme oder Ablehnung der vorliegenden Anträge, in der Zeitung publizirt. Es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, daß die einzelnen Vereine in richtiger Erkenntniß der Sachlage in ihrer Majorität sich dem Antrage Stuttgarts anschließen möchten und hierauf folgende Resolution Vogel gegen eine Stimme angenommen: „Der Verein Stuttgart erklärt sich gegen Verbandstage in seitheriger Form und beauftragt den Verbandsvorstand, eine Urabstimmung in allen Vereinen darüber vornehmen zu lassen, ob an Stelle des nächsten Verbandstages die vorliegenden Anträge durch Urabstimmung geregelt werden sollen!"

Göppingen. Es sei mir gestattet, Einiges von unserer bisherigen Thätigkeit zu berichten. Nach Berichterstattung über die Verhandlungen des dritten ordentlichen Verbandstages zu Altenburg, woselbst der Beschluß gefaßt wurde, daß Arbeiterinnen in unseren Verband aufgenommen werden können, hielten wir zu diesem Zwecke am 30. April eine Arbeiterinnenversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Maifeier und ihre Bedeutung. 2. Aufnahme der Arbeiterinnen in den Fachverein. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Frey einen ¾stündigen Vortrag, in welchem er mit klaren Worten die Feier und Bedeutung des 1. Mai darlegte. Am selbigen Abend ließen sich 7 Arbeiterinnen in den Fachverein aufnehmen. — Am 10. Mai hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung, welche gut besucht war, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Abänderung der Statuten. 3. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung genehmigt war, gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht bekannt, dem wir Folgendes entnehmen: Im ersten Quartal wurden 3 Mitglieder-, 1 General-, 1 öffentliche und 1 Arbeiterinnen-Versammlung, ebenso 4 Vorstandssitzungen abgehalten. Eingetreten in den Verein sind 8 Mitglieder. — So haben wir jetzt einen Mitgliederbestand von 22. Der Kassenbericht ergab: Einnahme M. 35.78, Ausgaben M. 23.—, und somit einen Kassenbestand von M. 12.78. Beim 2. Punkt, Abänderung der Statuten, wurde der Vereinstitel geändert in „Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen". — Im Verschiedenen verlas der Vorsitzende einen Brief, welchen ein Mitglied erhalten hatte, worin er ersucht wird, aus dem Fachverein auszutreten, andernfalls er seine Stelle verlieren würde. (Ich verweise auf den Bericht in Nr. 24 ds. Bl.) Der Vorsitzende schilderte noch in längeren Worten, mit was für Mitteln uns unsere Gegner zu bekämpfen suchen, um die Arbeiterorganisationen zu vernichten, und — ermahnte, trotz alledem sich nicht abschrecken zu lassen, sondern stets fest und einig zusammenzuhalten, um Schulter an Schulter eine Besserstellung unserer heutigen traurigen Lage zu erkämpfen. Hierauf Schluß der Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation.

Der Sommer mit seinen mannigfaltigen Freuden hat seinen Einzug gehalten, und Waldfeste und Lustfahrten nehmen ihren Anfang, um Jung und Alt zu erfreuen, und auf einige Stunden die herrschende Noth und das Elend vergessen zu lassen.

So unternahmen wir am Sonntag den 24. Mai einen Ausflug nach Schwäb. Gmünd, an welchem sich sämmtliche Mitglieder beiderlei Geschlechts betheiligten. — Das Wetter war uns außerordentlich günstig und die Stimmung unter den Ausflüglern eine heitere.

Um 5 Uhr Morgens brachen wir in Göppingen auf, und singend zogen wir durch Wald und Thal. In Lorch machten wir Halt, um uns von unseren bisherigen Strapazen zu erholen und durch Speisen und Getränke zu stärken. Hier schlossen sich nun auch unsere Lorcher Kollegen an, und mit dem 12 Uhr-Zuge fuhren wir nach Gmünd, wo uns die dortigen Kollegen auf dem Bahnhofe empfingen. Nach dem Mittagbrot saßen wir noch lange plaudernd beim Glase Bier beisamm, und die Zeit schwand mit riesiger Geschwindigkeit dahin.

Um nun auch das Vergnügen mit dem Praktischen und Nützlichen zu verbinden, hielt Kollege Frey eine Ansprache, in welcher er den dortigen Kollegen den Zweck und Nutzen des Verbandes klarlegte. Nachdem sich noch einige Kollegen im gleichen Sinne ausgesprochen und ersucht hatten, sich dem Verband anzuschließen, ließen sich die dortigen Kollegen in den Fachverein aufnehmen. — Nach einem Spaziergange durch die Stadt begaben wir uns wieder auf den Bahnhof, von den dortigen Kollegen in der Hoffnung auf ein freudiges Wiedersehen scheidend, und fuhren Abends 7 Uhr nach Lorch zurück. Nach längerem angenehmen Aufenthalte im Beisein unserer dortigen Mitglieder mußten wir der vorgerückten Zeit halber wieder aufbrechen. Wir nahmen von unseren dortigen Kollegen Abschied und fuhren per Gesellschaftswagen singend und froher Laune unserer Heimath wieder zu. So kamen wir in Göppingen an, mit dem Bewußtsein, einen in jeder Beziehung erfolgreichen Ausflug gemacht zu haben. Möge der Verein noch öfter derartige Touren unternehmen, und dieselben stets zu unseren Gunsten ausfallen, auf daß der Verein blühe und erstarke, und ein würdiges Glied in der großen Kette bilde.

Ein Hoch der Organisation!

Mit kollegialischem Gruß

Otto Hädicke.

München. Am Sonntag den 7. Juni fand die gut besuchte Monatsversammlung des Vereins der in Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit folgender Tagesordnung statt: 1) Wie entwickelte sich die Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung? (Diese Frage war von den Arbeiterinnen selbst gestellt.) 2) Aufnahme neuer Mitglieder. 3) Vertrauensleute und Statistik. Der Vorsitzende Sutor eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache und betonte, daß der Verein mit Riesenschritten vorwärts schreite, und ertheilte dem Kollegen Hölzl zum ersten Punkte das Wort. Der Referent führte in ¾stündiger Rede aus, wie der durch die moderne Technik

Die „Alte" und die „Neue" Zeit.

Streiflichter über unser wirthschaftliches Volksleben.

Von W. T.

(Fortsetzung.)

Beim Forschen und Suchen nach neuen Quellen unserer Geschichte vom Völkerleben kann der aufmerksame Leser beobachten, daß jeder Verfasser rein individuell sich seine eigenen Zeitabschnitte abtheilt; auch unser Gewährsmann hat in der Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich einen Markstein als Zeitabschnitt gesetzt und zwar die Nacht des 4. August 1789. Es wird da hervorgehoben, daß ein junger Graf von Noailles in höchster Begeisterung auf die Tribüne stürzte und als einzelner Privilegirter (und zwar einer der einflußreichsten und mächtigsten) beantragte: Ablösung der Lehensabgaben, die Aufhebung aller persönlichen Dienste u. s. w. Er hatte den Bann gebrochen, jeder der Privilegirten wollte Opfer bringen! — In wenigen Stunden war das Jagdrecht, das Recht auf Nationalzehnten, das Recht auf grundherrliche Gerichtsbarkeit, die Käuflichkeit der Aemter und die Steuerbefreiungen abgeschafft. (Was thun die Sozial-Reformer unserer heutigen Zeit? Dieselben lassen sich, und dies geschieht sogar von Ministern, vom Fiskus Erbschaftssteuern nach Millionen schenken). Die Ungleichheit der Abgaben überhaupt, die Pensionen, die Privilegien der Städte und Flecken, Zünfte und Innungen wurden für „aufgelöst" erklärt, ein Marquis des Blaçons verzichtete „auf alle Privilegien" der ganzen Dauphiné als Provinz, — andere folgten nach; es schien also sei in Frankreich „die Idee der Gleichheit und Einheit" in einer einzigen Nacht zur vollen Klarheit gekommen. Der Jubel durchhallte ganz Europa. — Die Nationalversammlung erhob diese Forderungen zum Gesetz. — Durch diese Dekrete schuf die Nationalversammlung erst einen Bauernstand und eine Landwirthschaft in Frankreich; ohne sie wäre das Volk nie für die Revolution aufgetreten und noch weniger hätte es die Last der Revolution ertragen können. — Endlich wurde nicht blos die Thatsache der „unablösbaren" Grundrenten, sondern auch das Prinzip derselben aufgehoben, und jede Grundrente nach dem Dekret vom 18. Dezember 1790 für ablösbar erklärt. Und dies war lediglich die Ursache, daß diese gewaltige Erhebung von 1789 mit solchem Erfolg für die allgemeine Freiheit kämpfen konnte! — Aber noch bestand ein Privileg — die ungeheuren Landgüter des Adels, die ihren Besitzern, mochten diese nun Adelige sein oder nicht, dennoch den alten Einfluß des Adels sichern „mußten". So lange diese Grundlagen der Macht der großen Herren blieben, war die Gleichheit nur ein Wort; denn auch die freien Bauern bedeuteten wenig neben diesen massenhaften Reichthümern an Grund und Boden; sie blieben die Quelle der Unfreiheit und des künftigen „Wieder entstehenden Privilegiums".

Die Nationalversammlung erkannte dies, sie ergriff das einzige Mittel, das ohne Gewalt auf der Grundlage des natürlichen Rechts und im Namen des Prinzips der Gleichheit jene festen Burgen der Ungleichheit unfehlbar vernichten mußte. Die Dauer jener Besitzungen beruhte darauf, daß sie stets „nur" auf den ältesten Sohn der Familie „ungetheilt" übergingen, oder daß die jüngeren Brüder doch nur einen ganz kleinen Theil davon erhielten. Schon am 9. November 1790 brachte daher der Abbé Grégoire einen Vorschlag ein über die „Gleichheit der Theilungen" unter den Nachkommen. — „Dieses Privileg besteht in Deutschland heute noch unter dem Namen Fideikommiß". Mirabeau ging noch weiter; da er, als der Nachkomme einer alt adeligen Familie genau wußte, wie viel Haß und Verderbniß gerade Majorate in die Familien hinein gebracht hatten.

Am 8. April 1791 ward das folgenreiche Dekret angenommen: Wonach der Grundbesitz eines „Adeligen" beim Tode eines solchen in so viel Theile überging, als er Erben des gleichen Grades hinterließ. Die großen adeligen Gütermassen wurden dadurch unaufhaltsam der Auflösung entgegen geführt, und immer mehr sich „verkleinernd" brachten sie den Sohn des großen adeligen Herren mit „jeder Generation" den Bauern um einen Schritt näher. So drückte man das Uebermaß des Grundbesitzers herab, während man den „kleinen" Grundbesitz befreite und erhob. Wohl wenig Gesetze haben tiefer in die soziale Entwicklung Frankreichs eingegriffen, als dies Dekret; langsam in seiner Wirkung hat es um so gewaltiger gewirkt; es ist die Grundlage der Gleichheit im Stande der Landwirthschaft geworden.

An dasselbe schloß sich ein anderes an. Es blieb die Möglichkeit für den großen Gutsherrn, seine Güter testamentarisch als ganzes zu vererben. Die Nationalversammlung arbeitete daran, demselben auch dies Recht zu nehmen, um nicht die Umgehung des gesetzlichen Prinzips in die Willkür des Einzelnen zu legen. Petion und Robespierre wollten darum die Testirbarkeit ganz aufgehoben wissen; Mirabeau schlug vor, dem Erblasser nur ein Zehntel zur freien Verfügung zu lassen; es ward später angenommen, daß der Vater, wenn er einen Descendenten habe, nur über die Hälfte, wenn er zwei habe, über ein Drittel, wenn er mehrere habe nur über ein Viertel testamentarisch verfügen könne, diese Bestimmung wurde im Gesetz festgestellt. Auf diese Weise war der Erneuerung der alten, unverhältnißmäßigen Gütervertheilung vorgebeugt; und jene Gesetze, in denen sich die adeligen Grundherren allmälig den Bauern näherten, gewannen für die Revolution zugleich die ganze Klasse der jungen Abkömmlinge der höheren Stände, die durch sie allein Hoffnung auf die Theilnahme an dem Grundbesitz ihrer Familien gewannen. — Aber eine große Masse von Staatsbürgern mußte ja noch übrig bleiben, die außer Stande war, sich einen Grundbesitz zu verschaffen, weil eben keiner mehr da war. Man wußte sich auch hier zum Theil zu helfen, es trat ein allmäliger Verkauf von Staatsdomänen ein und dieser Verkauf hatte eine Menge ganz neuer kleiner Grundbesitzer geschaffen; die nun gleichfalls zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes mit beitrugen und die Entwicklung des materiellen Güterlebens förderten; was aber das wichtigste war, alle diese Besitzer, die sie nur im Namen der Revolution besaßen, wurden in ihrer ganzen Existenz von dem Siege der Revolution und ihres Prinzips abhängig; sie wurden die Hauptvertreter derselben in allen Theilen der landwirthschaftlichen „Gesellschaft", und jeder Schritt, den sie in der Befestigung ihrer Stellung und der Ausbreitung ihres neuen Besitzes weiter thaten, war ein Schritt mehr zur Befestigung und zur Entwicklung der Revolution selber. — Wir sehen, der Gedanke eines „allmächtigen" Bismarck, wie er seiner Zeit einmal im „Bismarck'schen Reich" auftauchte; Kgl. Domänen in kleine Parzellen zu zertheilen, um die Landwirthschaft zu heben, ist nicht orginell! — Nur sollte dies System reaktionären Zwecken dienen. — Trotzdem blieb ja in Frankreich immerhin noch eine ganze große Masse „Nichts"besitzer übrig und zwar namentlich in den großen Städten, das war das eigentliche „Proletariat". Und hier ist der wunde Punkt; auch die Nationalversammlung rechnete mit diesem „Faktor" in Bezug auf die neue „Grundlage der Verfassung". Es handelte sich in dieser neuen Gesellschaftsordnung doch auch wesentlich um den „Besitz" und da diese neue Gesellschaft vom „Besitz" beherrscht wurde, mußte man auch ein dem entsprechendes Wahlsystem herausklügeln.

Am 29. September 1791 legte Thouret den Kommissionsbericht über das neue Wahlgesetz vor. Nach diesem Bericht wird bestimmt: Für die Zulassung zur Urversammlung eine Steuer gleich dem Werthe dreier Arbeitstage (3 Frcs.), für die Wählbarkeit der Wähler eine Steuer im Werthe von 10 Arbeitstagen (10 Frcs.), für die

hervorgerufene Großbetrieb den Kleinbetrieb ruinire. Durch die Trennung der Arbeit von allem Besitze sei denn eine selbständige Arbeiterbewegung möglich geworden: erst gewerkschaftlicher, dann politischer Art, und doch gäbe es heute noch Leute, die behaupten, die heutige Arbeiterbewegung werde von Agitatoren gemacht.

Redner erklärte, wie durch den Untergang der alten zwerghaften umständlichen Produktionsweise auch die Familienarbeit der Frau unnöthig wurde und dieselbe gezwungen war, Arbeit in der Industrie zu suchen. Anfangs war es der lohnende Verdienst, der sie in die Fabrik zog, aber bald wurde sie von der Nothwendigkeit überzeugt, daß sie überhaupt durch ihr Auftreten in der Industrie den Lohn des Mannes gedrückt habe, nicht durch ihren Willen, nein, das geringe Ansehen der Frau war es, das der Kapitalist sich zu Nutzen machte, um den Mann gefügiger zu machen. Unsere Sache kann es daher nicht sein, den in unseren Geschäften arbeitenden Frauen gehässig zu begegnen, sondern unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß die Frau dem Manne gleichberechtigt werde, sie muß den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten, wie der Mann. Die Frau muß über die Nothwendigkeit der Arbeiterkoalition aufgeklärt werden, indem sie durch ihr mangelhaftes oder gänzlich fehlendes Solidaritätsgefühl oft durch ihr Bitten es dazu gebracht habe, daß der Mann Streikbrecher geworden ist. Wenn die Spießbürger auch in ihrer Dummheit rufen, die Frau gehört ins Haus, so rufen wir wieder, die Frau gehört zu uns; Schulter an Schulter muß sie mit dem Manne auf dem Boden der Vereinigung ihre Rechte erkämpfen. Der Kapitalist suche seine Arbeitskräfte und frage nicht, ob er zu dieser oder jener Arbeit eine Frau oder einen Mann beschäftige; Billigkeit ist der Ruf der heutigen Produktionsanarchie, je billiger die Arbeitskraft, desto größer der Nutzen des Kapitals. Wir haben Kapitalisten, die in ihrem Wolfshunger nach Geld, wenn es möglich wäre, den Mond, die Sonne ꝛc. schon in den Sack gesteckt und erklärt hätten: Wenn du Luft brauchst, so zahle mich. Redner begrüßte es, daß der Verein schon einige Hundert Mitglieder habe. Es sei erfreulich, daß sich die Arbeiterinnen Münchens aufraffen und den Arbeitern anschließen, deren einziges Bestreben es ist, der gesammten Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Die Arbeitgeber murren immer, wenn wir Forderungen stellen und erwähnen, daß die Leute früher zufrieden gewesen wären. Ja, früher hatte man eben noch keine Maschinen, denn die Arbeit, die früher ein Mann in der Woche machte, wird heute von einem Arbeiter in wenigen Stunden gemacht. Der Arbeiter müsse heute die von Jahr zu Jahr steigende Miethe und Lebensmittel bezahlen, und wer macht denn die Lebensmittelzölle im Reichstage? Doch auch die Unternehmer- und Kapitalistenklasse. Es sei wirklich ein Unding, auf der einen Seite drücke man dem Arbeiter seinen Lohn herunter, auf der anderen Seite vertheuere man ihm die Lebensmittel. Aufgabe unseres Vereins muß es sein, alle Uebelstände in unserem Berufe zu beseitigen, und das kann der Einzelne nicht thun, da gehört eine stramme Organisation her, die die Mehrzahl aller Kollegen und Kolleginnen umfaßt. Redner schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Wenn Ihr eine dauernde Besserstellung unserer Lage wollt, so tretet alle, die noch nicht der Organisation beigetreten sind, derselben bei, denn wir haben nichts von oben zu erwarten, sondern durch die Arbeiter selbst muß ein neues Leben erkämpft werden.“ (Beifall.) Hierauf sprach Frau Dazenberger und illustrirte mit gewandten Worten die heutigen Ansichten der Spießbürger, forderte die Arbeiterinnen von den Buchbindereien auf, sich unserer gerechten Sache anzuschließen, zu agitiren, damit die Fernstehenden sich anschließen und der Verein in München dadurch ein Musterverein Bayerns werde. Hierauf ließen sich sehr Viele wieder aufnehmen. Durch den Vorsitzenden wurde der dritte Punkt der Tagesordnung damit erledigt, daß die Arbeiterinnen in ihren Geschäften die Wahl der Vertrauenspersonen vornehmen und die Namen derselben der Vorstandschaft einsenden sollten, damit in Bälde eine Statistik aufgenommen werde. Hierauf wurde die Versammlung um ½2 Uhr geschlossen. J. S.

Augsburg. Schon wieder sind wir genöthigt, die Spalten der „Buchbinderzeitung“ in Anspruch zu nehmen, um ein Heldenstück des Buchbindermeisters Simon festzunageln, das an Kleinlichkeit nicht wohl übertroffen werden kann. Dieser Gönner katholischer Gesellenvereine hat nämlich die löbliche Gewohnheit, seinen Arbeitern, so lange sie am Geschäft sind, heimlich die Rocktaschen zu untersuchen, und fand nun bei dieser Spitzelarbeit bei einem — o Schrecken! — eine Nummer der „Buchbinderzeitung“. Die sofortige Kündigung war die Folge davon. Dann hatte er, um das Nichtswürdige seiner Handlung zu verdecken, die Frigheit, zu behaupten, er habe die Zeitung auf dem Abort gefunden. Wir haben für diese unrühmliche Handlungsweise nichts als ein kräftiges „Pfui!“ Er sagte dann noch dem Arbeiter, daß er jetzt wohl wieder in die „Buchbinderzeitung“ komme, und fügte die Drohung bei, daß er dann den Arbeiter in dem „Arbeiterfreund“ bloßstelle, damit er bei keinem Gesellenverein Unterstützung erhalte. Wir kennen diese Zeitung nicht, wenn sie aber ihre Spalten Leuten vom Schlage eines Simon öffnet, wird es der richtige „Arbeiterfreund“ sein. Seinen frommen Rath aber, daß der betreffende Arbeiter in München keine Arbeit nehmen solle, hätte er für sich behalten können, denn es ist sehr die Frage, ob die jungen Arbeiter im Fachverein mehr verdorben werden, oder bei Prinzipalen, die durch ihr wüstes Geschimpfe, durch Maßregelungen und heimliches Taschenaussuchen gewiß auch kein leuchtendes Vorbild genannt werden können.

Kassel. Erhebende Berichte von Kassel zu geben, ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn in dem großen Kassel gehören bis jetzt von 200 Kollegen 15 dem Verbandsverein an, so daß man meinen sollte, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien hier derart, daß eine Besserung gar nicht mehr nöthig wäre. Und doch ist dem anders. Der Durchschnittslohn beträgt hier bei einer elfstündigen Arbeitszeit 14—15 M., und wird es jedem Kollegen unbegreiflich erscheinen, wie es Familienvätern möglich ist, unter solchen Umständen ein menschenwürdiges Leben zu führen, noch unbegreiflicher ist es aber ganz gewiß, wenn diese traurigen Verhältnisse die Leute nicht einmal zum Denken bringen, nicht einmal dazu bringen, sich den Kollegen anzuschließen, die gewillt sind, durch einiges Aufklären und Handeln die Verhältnisse aller Berufsgenossen und -Genossinnen zu bessern. Ja wir glauben gern, daß Alle dabei wären, die von den Verbandsgenossen errungenen Vortheile auch für sich auszunützen, aber selbst mit Hand anzulegen, das ist ihnen zu viel. Aber jeder verständige Mensch sollte sich doch sagen, daß eine erfolgreiche Thätigkeit des Verbandes nur möglich ist, wenn alle Kollegen in dessen Reihen eintreten, jetzt Opfer bringen, um nachher auch ernten zu können, denn ohne Opfer ist keine Besserung für uns zu erwarten. Wir hier im Verbandsverein geben uns alle Mühe, diese Aufklärung in alle Kollegenkreise zu tragen, und werden in nächster Zeit nochmals eine öffentliche Versammlung abhalten, um noch einmal Allen Gelegenheit zu geben, sich über unsere Ziele zu orientiren und sich dem Verein anzuschließen. Hoffen wir einen guten Erfolg. Wenn wir hier einen Verein hätten, dem die große Mehrzahl der Kollegen angehörte, dann hätte sich die Firma W. & L. nicht getraut, eine Werkstattordnung einzuführen, nach welcher sie bei einem Zuspätkommen von fünf Minuten jedem Kollegen 25 Pf. abziehen kann. Ob die Kollegen auch 25 Pf. bekommen, wenn sie fünf Minuten länger arbeiten? B. P.

Leipzig. In der Samstag den 6. ds. stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Scherer über die Wohlfahrtseinrichtungen der Fabrikanten für die Arbeiter. Redner legte seinem Vortrage einen Artikel des „Leipz. Tagebl.“ zu Grunde, welcher einen Bericht der sächsischen Fabrikinspektoren enthält. Er führte aus: Diese Wohlthaten bezögen sich hauptsächlich auf die Fabrikspeiseanstalten, wobei die Fabrikanten eifrig bemüht wären, alle ihre Arbeiter zu diesen heranzuziehen. Wie nun eine solche Wohlfahrtseinrichtung aussieht, bewies er durch folgenden Speisezettel einer Fabrik (Spinnerei) im Bezirk Bautzen. Derselbe enthält für

Montag ½ Häring mit Kartoffeln	10 Pf.,
Dienstag 100 Gramm Rindfleisch mit Reis	15 „
Mittwoch 100 Gr. Schweinefleisch	15 „
Donnerstag Kartoffeln mit Butter und ½ saure Gurke	15 „
Freitag 100 Gr. Rindfleisch mit Kartoffelstückchen	15 „
Sonnabend Kürbissuppe	5 „

Wie niedrig müssen die Löhne gestellt sein, wenn für 75 Pf. pro Woche ein Arbeiter Mittagbrot erhält. Daß dies der Fabrikant nicht aus reiner Menschenliebe zu seinen Arbeitern gethan hat, liegt hier klar auf der Hand.

Ein zweiter Speisezettel entstammt einer Brauerei im Bezirk Plauen:

Montag Schöpsenfleisch mit Möhren und Kartoffelstückchen.
Dienstag Schweinskottelets mit Kartoffelsalat.
Mittwoch Rindfleisch mit Nudeln.
Donnerstag Schweinsknochen mit Klösen und Meerrettig.
Freitag Wiegebraten mit Salzkartoffeln.
Sonnabend Schöpsenfleisch mit Weißkraut.
Sonntag Gänsebraten mit Klösen und Weißkraut.

(Pro Portion 40 Pf., jedesmal 250 Gr. Fleisch.)

Das hiesige Tageblatt bemerkt hierzu, daß erstere Speiseanstalt wegen mangelnder Betheiligung wieder eingehen mußte, während die der Brauerei gut prosperirt. So verhältnißmäßig niedrig die Preise gestellt seien — denn wohl kein Fabrikant denke hierbei an Profit (?!) — so wären sie doch dem Arbeiter in Anbetracht des Verdienstes noch zu hoch. Ein Stück Brot und etwas gewärmter Kaffee wäre das Hauptnahrungsmittel der Arbeiterinnen. Für Vergnügen und Putz allerdings würden große Summen ausgegeben, aber nur nicht für regelmäßige und genügende Ernährung. Auch für Wohnungen seien die Fabrikanten helfend eingetreten, indem sie Arbeiterwohnungen geschaffen, welche zu billigen Preisen, ja sogar unentgeltlich an die Arbeiter vergeben worden sind. Kollege Scherer unterzog diese und noch verschiedene Stellen des vor lauter Arbeiterfreundlichkeit strotzenden Berichtes einer scharfen Kritik und schloß hierauf seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. — Im Verschiedenen wurde beschlossen, den Vorstand zu ersuchen, in nächster Zeit eine Frühpartie zu arrangiren. Scherer bemerkt hierzu, daß es auch jedes Kollegen Pflicht sei, sich daran zu betheiligen und nicht wie im Vorjahr durch Abwesenheit zu glänzen. Nachdem Michel noch darauf aufmerksam gemacht, daß in der nächsten Versammlung unser Mitglied Frau Hertwig einen Vortrag hält, erfolgt Schluß der gut besuchten Versammlung. G. Sehl.

Berlin. Eine öffentliche Versammlung sämmtlicher in der Papier- und Lederbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 15. Juni unter dem Vorsitz des Herrn Marwitz statt. Speziell eingeladen waren zu dieser Versammlung die Album-, Buchbinderei-, Karton-, Leder-, Luxuspapier-, sowie Glacé- und Kartonpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Eingeladenen waren zahlreich erschienen, zirka 1000 Personen füllten das Lokal. Die Versammlung hatte sich mit der Frage der Gründung eines alle Branchen umschließenden Vereins mit Einschluß der Arbeiterinnen zu befassen. Der Wunsch, die Arbeiterinnen zu organisiren, und zwar mit den Arbeitern in einem Verein, war in letzter Linie der Grund für die Einberufung dieser Versammlung. Vor einigen Wochen wurde in einer öffentlichen Versammlung, in welcher dieselben Branchen vertreten waren, wie in dieser, mit geringer Majorität beschlossen, einen alle Branchen umfassenden Verein mit Arbeiterinnen zu schaffen. Der „Fachverein der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter“ (Verbandsverein) schloß sich in seiner nächsten (außerordentlichen) Generalversammlung diesem Beschlusse nicht an, weil, wie argumentirt wurde, er selbst vor zirka zwei Jahren für politisch vom Berliner Polizeipräsidenten erklärt worden sei und, wenn er den Arbeiterinnen den Anschluß gestatte, aufgelöst werden würde. Sich selbst auflösen würde er aber zu Gunsten eines Lokalverbandes mit Arbeiterinnen nicht. In jener kombinirten öffentlichen Versammlung, in welcher beschlossen worden war, einen allgemeinen Verein mit Arbeiterinnen zu gründen, waren die Album-, Karton-, Glacé- und Kartonpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit solche anwesend waren, willens, sich dem Verbandsverein anzuschließen, sowie dieser den Arbeiterinnen Aufnahme gewähre. Die diesbezüglichen Beschlüsse desselben führten nun zu dem Versuch seitens der Album-, Karton-, Glacé- und Kartonpapier-Arbeiter, unabhängig vom Zentralverein, einen alle verwandten Branchen umfassenden Lokalverband mit Arbeiterinnen zu schaffen, weil man auf dieser Seite eine Organisation der Arbeiterinnen allein für nicht zweckdienlich hielt. Eine Agitations- und Organisationskommission der erwähnten drei Branchen, in welcher auch Arbeiterinnen vertreten sind, schritt darum zur Einberufung der Versammlung vom 15. Juni. Unter den genannten Umständen war ein Aufeinanderplatzen der Meinungen in dieser Versammlung etwas Selbstverständliches. Es kam denn auch nach dem einleitenden Referat des Stadtverordneten Klein, welcher das Gründen von Lokalzentralisationen in großen Städten vorläufig für das Beste hält, zu einer sehr erregten Debatte, die mehrfach durch unangebrachte Zwischenrufe und durch zeitweise wiederkehrende Unruhe der Versammelten gestört wurde. Es betheiligten sich an der Debatte die Herren Greiffenberg, Feldmann, Sturm, Schlegel, Jost, P. Schneider, und Tilgner. Wesentlich Neues wurde nicht vorgebracht. Die Debatte verlor, wie es bei Erörterung derartiger Streitfragen zu geschehen pflegt, theilweise ihren sachlichen Charakter und nahm eine Färbung persönlicher Natur an. Nach Annahme eines Schlußantrages erhielt Herr Klein das Schlußwort. Er bedauerte die Form des Streites und mahnte zum einigen Zusammenarbeiten. Hierauf vertheidigte Herr Feldmann

---

Wählbarkeit als Abgeordneter einen Zensus gleich einer Mark Silber (50—55 Frcs.) Gegen dieses System erhoben sich sogleich die Stimmen der Linken; Grégoire (Abbé) erklärte: Es genüge für das Wahlrecht, ein guter Franzose zu sein, einen gesunden Verstand und ein edles Herz zu haben; Dupont beruft sich darauf, daß die Natur ohne Rücksicht auf den Besitz die Gleichheit fordere, und daß jenes System der Deklaration widerspreche; Robespierre fordert nicht blos Aufhebung alles Zensus, sondern auch direkte Wahl. Ein heftiger Sturm erhob sich um diese Zensusfrage; er deutete an, daß hier das eigentliche Gebiet des Kampfes zwischen dem reinen Prinzip der Gleichheit und dem Prinzip der staatsbürgerlichen Gesellschaft gefunden sei. Die linke Seite der Versammlung begann bereits von einer „neuen Sklaverei“ zu sprechen; die Rechte hätte noch gern einen Grundbesitz als Bedingung der Wählbarkeit festgesetzt, wie Galland vorschlug. Aber trotzdem ward, wenn auch mit geringer Majorität, der Grundsatz der Kommission angenommen. So siegte zum ersten Male die Gesellschaft über das Prinzip, und in den heftigen Angriffen gegen die Versammlung konnte man die nahende Spaltung schon damals entdecken. Es waren somit alle die vollkommen von der Wahl ausgeschlossen, welche um Lohn dienten, Arbeiter, Dienstboten, überhaupt alle „Nichts“besitzer. So ist die Scheidung wieder vollzogen zwischen Staatsbürgern und „Staatsunterthanen“, und an die Stelle des Standesunterschiedes tritt der des Vermögens. Von da ab findet sich mithin auf's Neue eine unterworfene Klasse. — Diese an den Besitz geknüpfte Ungleichheit setzt sich für das Recht der Wähler weiter fort. Die Bedingungen für den Eintritt in die Wahlkollegien sind darnach nicht blos das Vollbürgerthum, sondern der Besitz eines Einkommens in den Städten „über“ 6000 Einwohnern, was 200 Tagesarbeiten gleichsteht, in den kleineren gleich 150, dem der Pächter eines Besitzes, der „400 Tagesarbeiten“ werth ist, neben geordnet ist. (Also, die Schliche über den Wahlzensus, wie dieselben im „Bismarck'schen Reiche“ seiner Zeit geplant waren, die ursprünglichen Wahlkreise zu zerlegen, weil diese alte Kreiseintheilung noch zu viel „Sozialdemokraten“ ergab ist auch „nur“ Kopie).

Auf diese Weise schloß mit seiner wichtigsten Anwendung die erste Epoche der französischen Revolution, die konstitutionelle oder staatsbürgerliche ab. Sie hat, wie man sieht, ihre Aufgabe, aber sie hat nicht die Revolution vollendet, so gern sie es gethan hätte. Denn gerade in diesem letzten Punkte erscheint der Keim des Widerspruchs, der jene gewaltige Zeit über eine Verfassung hinaustrieb, die freier und freisinniger war, als je eine monarchische Verfassung es gewesen. Wir sahen, wie der erste Kampf gegen die feudale Gesellschaft, auf den Begriff der reinen Persönlichkeit zurückgeworfen, das Prinzip der Gleichheit als Grundlage alles Fortschrittes aufstellte. Wir sahen, wie in dem „Sturze“ der feudalen Gesellschaft der Wahlspruch für die Grundgesetze wurde. Wir sahen auch, wie die Konstitution von 1791 die Gleichheit aller Bürger als Basis der Verfassung „dem Willen der ganzen Nation“ als den Souverän aufstellte. Wie nun verhält sich die Verfassung in ihrer Anwendung zu diesem Prinzip der Gleichheit? — In der That, in demselben Augenblicke, wo sie alle Unterschiede aufhob, alle Glieder und Klassen in der Gesellschaft in engste Berührung mit einander brachte, alle Grenzen „vernichtete“, die Gesetz und Sitte bisher geheiligt hatten, stellte sie mitten in diesem freien Volke die Grenze „des Besitzes“ für die Freiheit auf. Wie war es möglich, daß sie sich den Widerspruch verhehlte, der auf diese Weise zwischen dem Prinzip und der Anwendung erschien? Mit welchem Rechte schied man die aktiven und passiven Staatsbürger, während doch die Verfassung im ersten Artikel gleiches Recht für Alle anerkannte! — „Phrasen wie in unserer ganzen heutigen Gesellschaft“. In einem Athemzug spricht man in der Gesetzgebung vom „souveränen“ Volk! in demselben Augenblick legt man diesem „souveränen“ Volk die Schlinge um den Hals, um es an der freien Bewegung zu hindern, um seine Kräfte lahm zu legen. Und das soll und muß stets im Auge behalten werden, daß bisher noch immer, selbst die wohlmeinendste beste Regierung vor diesem Prellstein „Besitz“ Halt gemacht hat. — Hier verbirgt sich der Gegensatz, der bis dahin weder zum Bewußtsein gekommen, noch durch einen glücklichen Griff gelöst worden ist; und dieser Gegensatz ist es, den die unmittelbar folgende Zeit auffaßte und ausbildete. Es ist der Gegensatz zwischen der Idee der freien und gleichen Persönlichkeit und der Vertheilung der Güter; der Gegensatz, der den Inhalt unseres ganzen Jahrhunderts zu bilden bestimmt war. — Es darf uns darum nicht beirren, wenn wir auf dem Wege kritischer Beleuchtung hervorragende Persönlichkeiten antreffen, die heute in glühendster Begeisterung für die Befreiung des Volkes selbst das „höchste Gut“, das Leben, einzusetzen bereit sind, aber um Alles, nur an dem Besitz nicht rütteln wollen. — Der Widerspruch, der zwischen der Vertheilung des Besitzes und der freien Persönlichkeit liegt, ist keineswegs ein zeitlicher. Er ist ein absoluter, gegeben durch die innere Unendlichkeit und die äußere Endlichkeit der Sterblichen überhaupt. Er entstand daher keineswegs erst aus den Gesetzen der neuen Gesellschaft, sondern er äußerte sich nur hier zum ersten Male. — Große Denker haben diesen Widerspruch lange vorher schon erkannt; aber der großen Masse des Volkes waren bisher umfangreiche und wirklich werthvolle Schriften nicht zugänglich; ihr fehlten nicht nur die Mittel, sondern auch die Zeit, sich eingehend mit dem Studium großer Zeitfragen zu beschäftigen, und diejenigen, welche die Vorbildung genossen, Verständniß für diese Fragen haben müßten, haben wiederum Ursache oder glauben haben zu müssen, die Wahrheiten großer Denker zu verschweigen. — Der Gegensatz war bis dahin auch noch kein so scharfer und drückender, weil dem Einzelnen bisher immer noch Gelegenheit geboten war, sich „Besitz“ zu erwerben, wenn auch nur in der allerbescheidensten Form. Das Drückende des Gegensatzes aber entsteht erst durch die Entwicklung großer Kapitalien und ihre Konkurrenz, welche den Arbeitslohn so gering und das Anlagekapital zu Unternehmungen so groß machen, daß der Uebergang vom „Nichtbesitz“ zum Besitz erst im glücklichen Falle durch „ganze Generationen“ hindurch möglich wird. Es ergiebt sich daher in Beziehung auf die französischen Zustände, daß allerdings der Kampf zwischen Kapital und Arbeit aus dem Prinzip der Gleichheit heraus irgend einmal entstehen mußte; daß aber sein plötzliches Entstehen nicht durch den inneren Entwicklungsgang der Gesellschaft, sondern nur durch „äußere“ Verhältnisse hervorgerufen werden konnte. Man hat von jeher erkannt, daß die Umwandlung des Ganges der französischen Revolution durch die Angriffe der fremden Mächte bewirkt wurde; aber nur vom Standpunkte der sozialen Geschichte dieser Revolution ist es möglich, die volle Wahrheit und Bedeutung dieses Satzes zu zeigen. Es darf behauptet werden, daß der Uebergang von der konstitutionellen zur sozialen Epoche der ersten Revolution, trotz aller in der ersteren ungelösten Widersprüche, nur durch den äußeren Kampf möglich geworden ist; wir werden aber die Verfolgung jenes Widerspruches als unsere Hauptaufgabe festhalten.

(Fortsetzung folgt.)